

## Beschluss Präambel

Gremium: KMV Grüne CW

Beschlussdatum: 16.03.2021

### Antragstext

- 1 Liebe Bürgerinnen und Bürger von Charlottenburg-Wilmersdorf,
- 2 bei den Wahlen am 26.September entscheiden Sie auch über die Zukunft von
- 3 Charlottenburg-Wilmersdorf. Damit wir Bündnisgrünen als starker Partner den
- 4 Bezirk auch weiterhin sozial und ökologisch mitgestalten können, bitten wir Sie
- 5 um Ihre Stimme.
  
- 6 Momentan sind es vor allem die Corona-Pandemie und ihre Folgen, die uns im
- 7 Alltag und in der Politik vor große Herausforderungen stellen. Es geht um unsere
- 8 Gesundheit und die Rettung von Menschenleben, aber auch um die Sicherung und
- 9 Bewahrung wirtschaftlicher Existenzen und den Erhalt des gesellschaftlichen
- 10 Miteinanders. Niemand weiß, wie lange uns die Pandemie noch begleitet und in
- 11 welchem Zustand sich unsere Gesellschaft am Ende befinden wird. Für die
- 12 Bewältigung dieser Krise gibt es keine Vorlage: Wir leben in ungewissen Zeiten.
- 13 Deshalb ist gerade jetzt wichtig, dass wir als Gesellschaft zusammenstehen und
- 14 niemanden zurücklassen.
  
- 15 So haben wir als Gesellschaft auch die Verantwortung, Kinder und Jugendliche zu
- 16 stärken, ihre Entwicklung zu ermöglichen und zu fördern sowie ihre Rechte zu
- 17 schützen. Geschlossene Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen gefährden
- 18 nicht nur die zukünftige Lernentwicklung von Kindern und Jugendlichen, sondern
- 19 sind für diese und ihre Familien auch eine enorme psychische Belastung mit schon
- 20 jetzt erkennbaren Folgen. Die Situation in den Kitas und Schulen hätte gleich zu
- 21 Beginn der Pandemie höchste Priorität erfahren müssen.
  
- 22 Ebenso birgt der erzwungene Rückzug ins Private für Kinder und Frauen eine
- 23 zunehmende Gefahr von häuslicher Gewalt, die unzureichend thematisiert wird. Die
- 24 steigenden Zahlen sind alarmierend: Der Ausbau von Hilfsangeboten und Maßnahmen
- 25 gegen häusliche Gewalt muss dringend gestärkt werden.
  
- 26 Doch es ist nicht nur Corona, es ist auch die Klimakrise, die uns bedroht. Ob
- 27 Hitzesommer, Waldbrände oder Wetteranomalien: Auch bei uns in Charlottenburg-
- 28 Wilmersdorf ist der Klimawandel immer deutlicher zu spüren. Ob Corona oder der
- 29 Klimawandel, beide Krisen haben gemeinsam, dass sie jeden einzelnen von uns
- 30 bedrohen und in der Wirtschaft verheerende Folgeschäden hinterlassen. Deshalb
- 31 müssen wir bei der Bekämpfung des wirtschaftlichen Abschwungs durch die Pandemie
- 32 unsere Klimaziele konsequent mitdenken, ob im Bund, im Land, aber auch bei uns
- 33 im Bezirk. Das Virus geht wohl vorbei, die Folgen des Klimawandels aber sind
- 34 unumkehrbar.
  
- 35 Wir müssen im Bezirk unseren Beitrag leisten, damit Berlin eine klimaneutrale
- 36 Stadt werden kann. Um die 1,5 Grad-Grenze des Pariser Klimaabkommens
- 37 einzuhalten, brauchen wir einen ökologischen Stadtumbau. Klimaschutz bedeutet
- 38 auch Gerechtigkeit, denn was wir hier an Emissionen produzieren, trifft die
- 39 sozial Schwachen und die Menschen im globalen Süden am härtesten. Zu dieser
- 40 ökologischen Aufgabe gehört auch die soziale Verantwortung: Bezahlbaren Wohnraum

41 wollen wir weiter fördern und erhalten. So schaffen wir mehr Lebensqualität und  
42 mehr Grün im Bezirk.

43 Berlin verändert sich und mit der Stadt auch unser Bezirk. Er wird 2050 anders  
44 aussehen und funktionieren. Die klimaneutrale Stadt, neue Mobilität und die  
45 Digitalisierung sind nur drei der vielen Faktoren, die Charlottenburg-  
46 Wilmersdorf in den nächsten Jahren verändern werden. Diesen Prozess wollen wir  
47 als Partei mit einer starken Fraktion in der BVV als eine nachhaltige  
48 Entwicklung aktiv mitgestalten. Ihre Stimme trägt dazu bei, die sozial-  
49 ökologische Verkehrswende und eine gute öffentliche sowie soziale Infrastruktur  
50 durchzusetzen.

51 Den Platz auf unseren Straßen möchten wir neu verteilen, denn die autogerechte  
52 Stadt, ist ein Konzept von gestern. Mobilität muss neu gedacht werden. Deshalb  
53 wollen wir mehr Platz für Radfahrer- und Fußgänger\*innen, sichere Radwege und  
54 autoarme Kiezblöcke verwirklichen.

55 Wir möchten gemeinsam mit Ihnen für eine offene, gerechte und antirassistische  
56 Gesellschaft kämpfen. Gegen Diskriminierung, Hass und Gewalt gehen wir  
57 entschlossen vor. Unser Bezirk ist weltoffen und vielfältig, dies muss auch für  
58 die Bezirksverwaltung gelten. Die Bezirkspolitik muss sich der  
59 gesellschaftspolitischen Verantwortung stellen und sich für die Gleichstellung  
60 der Geschlechter einsetzen, die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen,  
61 trans, queer und intersexuellen Menschen (kurz LGBTIQ) stärken und ein  
62 menschenwürdiges Leben für geflüchtete Menschen gewährleisten.

63 Auch die Begleiterscheinungen und die Folgen der Corona-Krise sind nicht  
64 geschlechterneutral, die Pandemie trifft Frauen und Kinder besonders hart.  
65 Frauen bilden bei den meisten systemrelevanten Berufen und insbesondere im Care-  
66 Bereich die Mehrheit. Auch in der Familie sind es zumeist Frauen, die jetzt die  
67 Mehrbelastung mit Homeschooling, Kinderbetreuung und Homeoffice schultern.  
68 Frauen und andere Personen, die Care-Arbeit leisten, dürfen dadurch nicht  
69 benachteiligt werden. Um in der Krise bestehende Ungleichheiten nicht noch  
70 weiter zu verschärfen, braucht es einen geschlechterspezifischen Ansatz. Wir  
71 müssen gewährleisten, dass die umfassenden Maßnahmen und Programme, die jetzt  
72 aufgesetzt werden, nicht zu Rückschritten für Frauen führen.

73 Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf ist die koloniale Vergangenheit noch an  
74 vielen Orten sichtbar. Wir wollen, dass der Bezirk ein Konzept zur Aufarbeitung  
75 vorlegt. Mit Ihrer Stimme helfen Sie uns, dem Ziel einer dekolonialen und  
76 kritischen Stadtgesellschaft näher zu kommen.

77 Das soziale Miteinander im Bezirk müssen wir stärken. Durch die Verknappung  
78 bezahlbaren Mietwohnraums steigt die Gefahr von Wohnungslosigkeit. Wir Grünen  
79 wollen Menschen sichere und bezahlbare Wohnungen bieten. Darüber hinaus müssen  
80 wir im Bezirk die soziale Ungleichheit angehen. Das Bezirksamt muss zu einer  
81 Anlaufstelle für alle werden, die schon hier wohnen oder neu hinzukommen, egal  
82 in welcher Lebensgemeinschaft lebend, arbeitssuchend oder wohnungslos.

83 Wir laden Sie ein, mit uns für ein soziales, ökologisches und weltoffenes  
84 Charlottenburg-Wilmersdorf zu streiten. Mit Ihrer Stimme wollen wir das Leben im  
85 Bezirk positiver gestalten.

86 Ihre Stimme zählt.

## Beschluss Komplex II: faire und gerechte Gesellschaft

Gremium: Kreismitgliederversammlung

Beschlussdatum: 16.03.2021

### Antragstext

- 1 Zusammen einander stärken – eine offene Gesellschaft für alle
- 2 Täglich begegnen wir in unserem Bezirk Menschen mit verschiedenen  
3 Lebensmodellen, Weltanschauungen und Erfahrungen. Menschen aus allen Teilen der  
4 Welt leben in Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie setzen sich füreinander ein und  
5 heißen Neue willkommen.
- 6 Gemeinsam mit diesen Menschen treten wir entschlossen gegen  
7 Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen ein. Wir haben keinen Platz für Hass  
8 und Hetze. Aber wir haben Platz für ein solidarisches Miteinander, dass für die  
9 Gleichstellung der Geschlechter kämpft, für die Rechte von lesbischen, schwulen,  
10 bisexuellen, trans, inter und queeren Menschen (LGBTIQ) und für eine  
11 menschenwürdige Versorgung von Geflüchteten. Wir kämpfen für eine offene  
12 Gesellschaft, die fair, solidarisch und gerecht ist.
- 13 Unsere wichtigsten Forderungen im Überblick:
- 14 • Zukunft des Unternehmer\*innenzentrums langfristig sichern
  - 15 • Eine\*n Queerbeauftragte\*n für Charlottenburg-Wilmersdorf
  - 16 • Zentrale Anlaufstellen und Begegnungszentren stärken
  - 17 • Strategie zur Bekämpfung der Rechten Raumeinnahme
  - 18 • Konzept zur postkolonialen Erinnerungskultur im Bezirk
- 19 Geschlechtergerechtigkeit fördern
- 20 Wir wünschen uns ein Charlottenburg-Wilmersdorf, in dem Menschen aller  
21 Geschlechter selbstbestimmt leben können. Frauen bekommen in unserer  
22 Gesellschaft immer noch nicht das, was ihnen zusteht – sei es bei Gehältern,  
23 Chancen im Beruf, der Aufteilung von Care-Arbeit oder der Teilhabe an  
24 politischen Prozessen. Diese Ungleichheit wollen wir weiter abbauen. Die  
25 Ausweitung des Hort- und Kita Angebots ist dazu unumgänglich. Nur so kann die  
26 gerechte Aufteilung der Hausarbeit und der Kindererziehung zwischen den  
27 Elternteilen gelingen. Wir wollen neben der Ansprechstelle bei der  
28 Gleichstellungsbeauftragten im Bezirksamt Initiativen, die sich der Hilfe für  
29 "Frauen in Not" verschreiben, unterstützen, um häusliche Gewalt gegen Frauen.  
30 Für die Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit von Frauen möchten wir  
31 die Zukunft des Unternehmers\*innen-Centrum West (UCW) langfristig sichern und  
32 modernisieren.
- 33
- 34 Wir wollen weiterhin, dass der Bezirk seine Richtlinien für Gender Budgeting und  
35 Gender Mainstreaming an den aktuellen Stand anpasst. Das im Haushaltsplan  
36 eingestellte Geld muss für mehr konkrete Maßnahmen ausgeschöpft werden, die die  
37 geschlechtergerechte Verteilung der finanziellen Mittel sichern. In allen

38 bezirklichen Entscheidungen ist die Dimension Geschlecht, gemäß des Gender  
39 Mainstreamings, mitzudenken, sodass die Belange aller Menschen berücksichtigt  
40 werden. Initiativen und Vereine, die sich im Bezirk für  
41 Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von Frauen einsetzen, wollen wir  
42 stärker unterstützen.

43 Wir möchten, dass das Bezirksamt für eine kostenlose und professionelle  
44 Kinderbetreuung während aller BVV- und Ausschusssitzungen sorgt. Auch weitere  
45 Gremien wie bezirkliche Elternvertretungen sollten die Möglichkeit bekommen,  
46 Kinderbetreuung beantragen zu können. Ohne eine solche Betreuungsmöglichkeit  
47 werden Eltern von kleinen Kindern und hier vor allem Mütter in ihrer Arbeit und  
48 Beteiligung in der BVV eingeschränkt. Die Abschaffung des eigenen BVV-  
49 Ausschusses für Gender Mainstreaming hat sich nicht bewährt. Bei Gremien und  
50 Juries, die der Bezirk einsetzt, streben wir eine paritätische Besetzung an.

51 Queeres Leben aktiv unterstützen

52 Es gibt es; das queere Leben im Bezirk - es muss unterstützt und soll auch  
53 sichtbar werden in unseren Kiezen. Queeres Leben ist Teil der  
54 Lebenswirklichkeit unserer freien und offenen Gesellschaft. Projekte und  
55 Organisationen wie den Dachverband Lesben im Alter im UCW, die Schwulenberatung  
56 Berlin und die Projekte Lebensort Vielfalt Charlottenburg sowie die Bibliothek  
57 andersherum unterstützen wir und setzen uns dafür ein, mehr LGBTIQ-Projekte und  
58 Organisationen nach Charlottenburg-Wilmersdorf zu holen.

59  
60 Wir wollen aktiv und gezielt Beratungs- und Hilfsangebote für Regenbogenfamilien  
61 und queere Jugendliche ausbauen, Angebote für queere Kinder und Jugendliche in  
62 Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe schaffen und queeres Wohnen  
63 generationenübergreifend unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass  
64 Charlottenburg-Wilmersdorf in Kooperation mit LGBTIQ-Organisationen Wohnen für  
65 queere Jugendliche im Bezirk ermöglicht und fördert. Dieses Projekt soll aktiver  
66 Teil des Netzwerks Queere Jugendhilfe Berlin werden.

67 Weiterhin wollen wir neben einer Gleichstellungsbeauftragten auch die Stelle  
68 einer\* Queerbeauftragte\*n in Charlottenburg-Wilmersdorf einrichten. Im  
69 Haushaltsplan des Bezirks müssen finanzielle Mittel für LGBTIQ-Projekte  
70 eingestellt werden.

71 Um gezielter gegen Diskriminierung von Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-,  
72 Inter- und queeren Menschen (LGBTIQ) im Bezirk vorzugehen, brauchen wir einen  
73 queeren Aktionsplan mit klaren Verpflichtungen seitens des Bezirks und ein  
74 Konzept zur Gewaltprävention und Schutz vor LGBTIQ-Feindlichkeit. Wir müssen  
75 Betroffenen Hilfe anbieten und ihnen zeigen, dass sie nicht allein sind. Darüber  
76 hinaus wollen wir Initiativen wie das Register-Charlottenburg-Wilmersdorf, MANEO  
77 und L-Support unterstützen und mit ihnen verstärkt zusammenarbeiten.

78 Willkommenskultur leben und stärken

79 Das überwältigende Engagement der Menschen in unserem Bezirk trägt wesentlich zu  
80 einer menschenwürdigen Versorgung der Geflüchteten bei, die in  
81 Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Not- und Gemeinschaftsunterkünften leben. Allen  
82 Menschen mit Fluchterfahrung wollen wir ein sicheres und würdevolles Leben  
83 bieten können. Um dies zu erreichen braucht es mehr zentrale Anlaufstellen sowie

84 Begegnungszentren für Geflüchtete als auch für Unterstützer\*innen wie die Ulme  
85 35, das Haus der Nachbarschaft oder das Pangea Haus.

86 Wir wollen so die Beratungslandschaft im Bezirk dauerhaft verbessern.

87  
88 Zudem müssen die Qualitätsstandards in den Unterkünften für Geflüchtete  
89 verbessert werden. Besonders dem Schutz von unbegleiteten Minderjährigen  
90 Flüchtlingen sind wir besonders verpflichtet. Ihre Unterbringung muss für die  
91 zuständigen Stellen transparent erfolgen, sodass eine vertrauensvolle  
92 Kooperation zwischen Jugendamt, Schulverwaltung, sozialen Trägern und  
93 ehrenamtlichen Unterstützer\*innen ermöglicht wird. Das Recht der jungen  
94 Geflüchteten auf einen Schulbesuch und auf eine qualifizierte Ausbildung muss  
95 schnell und unbürokratisch realisiert werden. Dazu müssen kostenlose Angebote  
96 für Sprachunterricht und Hausaufgaben-/Nachhilfe geschaffen werden.

97 Projekte und Angebote, die der Vielfalt und der gesellschaftlichen Teilhabe von  
98 Menschen mit Flucht-, Migrations- und Diskriminierungserfahrungen dienen, müssen  
99 langfristig über den Bezirkshaushalt unterstützt werden.

100 Darüber hinaus wollen wir die Kompetenzen des Migrationsbeirats im Bezirk im  
101 Rahmen der Neufassung des Partizipations- und Integrationsgesetzes auf  
102 Landesebene erweitern.

103 Gemeinsam gegen Hass und Hetze

104 Die Neue Rechte versucht verstärkt in Charlottenburg-Wilmersdorf Raum  
105 einzunehmen und sich in Form von Vereinen, Initiativen und Projekten hier  
106 anzusiedeln. Als Grüne stellen wir uns jeder Form von Hass und Hetze entgegen.  
107 Wir lassen den Rechten in unserem Bezirk keinen Fußbreit! Wir setzen uns dafür  
108 ein, dass der Bezirk auf diese Strategie der Rechten Raumeinnahme aufmerksam  
109 macht und diese Problematik ernsthaft angeht. Dazu wollen wir Bündnisse und  
110 Organisationen aktiv unterstützen und Anlaufstellen wie die Registerstelle  
111 Charlottenburg-Wilmersdorf bekannter machen. Die Verwaltung muss  
112 antifaschistische Zivilgesellschaft gezielt unterstützen. So kann die  
113 Alltagsdiskriminierung in unserem Bezirk besser erfasst und gezielter gegen sie  
114 vorgegangen werden.

115 Weiterhin braucht es eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Meldeportal  
116 REGISTER, der Polizei, dem Ordnungsamt Charlottenburg-Wilmersdorf und der  
117 mobilen Beratung gegen Rechts, um auf Rassismus und rechte Strukturen im Bezirk  
118 aber auch in den Reihen von Polizei und Strafverfolgung selbst aufmerksam zu  
119 machen. Wir wollen mit einer unabhängigen Beschwerdestelle beim Bezirksamt den  
120 Menschen helfen, die Diskriminierung erfahren haben. Wir wollen diese personell  
121 und finanziell so ausstatten, dass sie auch handlungsfähig ist und geschulte  
122 Mitarbeiter\*innen für diese Stelle anwerben.

123 Barrierefreiheit in allen Bereichen

124 Menschen mit Behinderung erleben in unserem Bezirk täglich Hürden  
125 verschiedenster Art. Diese wollen wir abbauen und Charlottenburg-Wilmersdorf zu  
126 einem barrierefreien Bezirk umgestalten. Dazu gehört, dass der Bezirk eine  
127 barrierefreie Infrastruktur schafft. Zum Beispiel durch Indoor-  
128 Navigationssysteme, die sehbehinderte Personen unterstützen. Weiterhin soll eine  
129 einfache Beantragung von Mitteln zur Gebärdendolmetschung von Sitzungen  
130 selbstverständlich werden.

131 Behindertenpolitik muss endlich als Querschnittsthema bearbeitet werden. Dafür  
132 wollen wir unter anderem die verbindliche Nutzung der im Bezirk bereits  
133 eingeführten Behinderten-Gleichstellungs Checkliste (Disability-Mainstreaming-  
134 Checklist). Im Bausektor und im öffentlichen Verkehr muss Barrierefreiheit für  
135 Sehbehinderte, Gehörlose und sowohl für körperlich als auch geistig  
136 Beeinträchtigte von Anfang an mitgedacht werden.

137 Um Mehrfachdiskriminierungen im Bezirk gezielt intersektional zu  
138 bekämpfen, braucht es einen verstärkten Austausch zwischen Integrations-,  
139 Gleichstellungs-, Queer- und Behindertenbeauftragten, in den betroffene Personen  
140 miteinbezogen werden.

141 Postkoloniale Erinnerungskultur im Bezirk umsetzen

142 Kolonialverbrecher\*innen verdienen keine Ehrung im öffentlichen Raum. Deshalb  
143 wollen wir Straßen und Plätze, die Kolonialverbrechen verherrlichen, umbenennen.  
144 Diese Orte sollen durch eine dafür eingerichtete Kommission identifiziert  
145 werden. An umbenannten Straßen und Denkmälern sollen Erinnerungstafeln den  
146 historischen Kontext dieser Orte aufzeigen. Analoge Informationen vor Ort  
147 sollten mit digitalen Möglichkeiten z.B. über QR-Codes verbunden werden. Wir  
148 setzen uns dafür ein, dass der Bezirk auf seiner Website eine Karte mit  
149 Informationen zu den betroffenen Orten einrichtet.

150 Neben Erinnerungstafeln sollen auch aktiv nutzbare Lernpfade insbesondere auch  
151 für Kinder geschaffen werden, um nicht nur zu historischen Kontext zu  
152 informieren, sondern sie auch erlebbar zu machen. So können, von Kindesbeinen  
153 an, ein verantwortungsvoller Umgang und ein Bewusstsein für diese Thematik  
154 gefördert werden.

155 Wir wollen Orte der kritischen Auseinandersetzung schaffen, um den Zusammenhang  
156 zwischen Menschenrechten, Rassismus und Diskriminierung mit den Ursachen für  
157 Flucht zu verknüpfen und die kapitalistischen Machtbeziehungen in der heutigen  
158 postkolonialen Welt zu hinterfragen. Die Volkshochschule und die neue  
159 Zentralbibliothek sollten hierfür als Begegnungsorte und kritische  
160 Bildungszentren genutzt werden. Außerdem möchten wir das Bezirksmuseum dabei  
161 unterstützen, eine Ausstellung zur Kolonialgeschichte Charlottenburg-  
162 Wilmersdorfs zu konzipieren.

163 Eine zukunftsfähige Bildung für alle Familien

164 In unseren Bildungseinrichtungen werden bereits im jüngsten Alter die Weichen  
165 für den weiteren Lebensweg gestellt. Wir wollen ein Charlottenburg-Wilmersdorf,  
166 in dem jedes Kind von Anfang an eine Chance erhält und in dem der Erfolg in Kita  
167 und Schule nicht von der sozialen Herkunft abhängt. Grüne Bildungspolitik setzt

168 daher darauf, Bedingungen für das Lernen zu schaffen, in denen kein Kind  
169 zurückgelassen wird.

170 • Wir stärken die frühkindliche Bildung durch mehr Ausbildungsplätze für  
171 Erzieher\*innen, Kita-Neubauten, Kita- Sanierung.

172 • Wir gestalten Schule zukunftsfähig durch schnelles Internet, IT-Technik,  
173 IT-Spezialist\*innen. Wir bauen und sanieren Schulen.

174 • Wir wollen in Kitas und Schulen regionales Bio-Essen. Wir fördern Projekte  
175 zur Klimakrise.

176 • Wir stärken die Beteiligung von Kindern und Familien durch einen Etat pro  
177 Schule, über den Schüler\*innen verfügen können, Stärkung des Kinder- und  
178 Jugend-Büros und der Elternvertretungen, Unterstützung des Kinder- und  
179 Jugendparlaments.

180 • Kinder können sich sicher im Bezirk bewegen durch Schulstraßen,  
181 verkehrsberuhigte Bereiche sowie sichere Schul- und Kitawege.

182 • Kinder und Familien bekommen mehr Platz im öffentlichen Raum durch neue  
183 Spielplätze, grüne Plätze, Spielstraßen.

184 • Die Verwaltung wird familienfreundlicher und einfacher durch ein Familien-  
185 Servicebüro.

186 Frühkindliche Bildung stärken

187 Um für die Kitas mehr Erzieher\*innen zu haben und einen besseren  
188 Betreuungsschlüssel zu erreichen, sollen Erzieher\*innenschulen mehr  
189 Ausbildungsplätze bekommen. Wir wollen im Bezirk mehr für pädagogische Berufe  
190 werben - auch um Quereinsteiger\*innen.

191 Die Kitaplätze in Charlottenburg-Wilmersdorf reichen noch nicht aus. Um genügend  
192 Plätze zur Verfügung stellen zu können wollen wir Kitas neu bauen und bestehende  
193 Kitas sanieren. Bei allen Bauprojekten im Bezirk soll geprüft werden, ob auch  
194 neue Kitaplätze und Indoorspielplätze geschaffen werden können - wie bei der  
195 „Modularen Unterkunft für Flüchtlinge“ (MUF) Quedlinburger Straße erfolgreich  
196 geschehen.

197 Bei Kitaneubauten dürfen keine Flächenkonkurrenzen zu öffentlichen Grünflächen,  
198 Spielplätzen oder mit anderen sozialen Einrichtungen entstehen! So konnte in  
199 dieser Wahlperiode erst der massive Widerstand von Eltern, Kindern und der  
200 grünen Partei die SPD-geführte Jugendabteilung von ihrem Vorhaben abhalten,  
201 ausgerechnet den Abenteuerspielplatz im Güntzelkiez (für Kita- und  
202 Verwaltungszwecke) zu bebauen. Die Suche nach geeigneten bereits versiegelten  
203 Flächen wie Straßen oder Parkplätzen , die für Kita-Neubauten umgewidmet werden  
204 können, muss verstärkt werden.

205 Bildung zukunftsfähig und gerecht gestalten

206 Corona hat uns gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung unserer Schulen ist und  
207 welche Potenziale sie birgt. Digitale Formate bedeuten nicht nur Lernen von  
208 Zuhause, sondern bringen auch einen großen Mehrwert für den Unterricht in  
209 Präsenz. Für die Schulen wollen wir ein an der Schüler\*innenzahl orientiertes

210 IT-Budget ergänzend zum herkömmlichen Schulbudget bereitstellen, um die digitale  
211 Ausstattung der Schule fortlaufend auf einem optimalen Stand halten zu können.  
212 So sollen unter anderem Schüler\*innen und Lehrer\*innen Zugang zu Tablets und  
213 Laptops bekommen. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur  
214 Bildungsgerechtigkeit, weil digitale Teilhabe nicht vom Geldbeutel der Eltern  
215 abhängen darf. Darüber hinaus sollen Lehrer\*innen IT-bezogene  
216 Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten, um den digitalen Herausforderungen des  
217 Schulaltags gewachsen zu sein.

218 Wir wollen vorhandene Schulgebäude in unserem Bezirk sanieren und Schulen bauen,  
219 um für mehr Schüler\*innen genug Schulplätze zu haben. Statt maroder Schulen  
220 wollen wir eine moderne Schulinfrastruktur.  
221 Bei Sanierungen und Neubauten streben wir Klimaneutralität und Barrierefreiheit  
222 an.

223 Wir verstehen Schule als ein Raum für Schüler\*innen, indem sie sich frei  
224 entfalten und erproben können. Dies beginnt bereits bei Umbauten und  
225 Erweiterungsbauten bei denen die Schulgemeinschaften, insbesondere Schüler\*innen  
226 durch Partizipations-Workshops eingebunden werden, damit sie nicht nur lernen  
227 eine eigene Meinung zu vertreten, sondern auch Selbstwirksamkeit erfahren. Nur  
228 so können alle Wünsche und Vorstellungen an eine Schule für alle berücksichtigen  
229 und auf einem demokratisches Fundament gebaut werden.

230 Unser Bildungssystem verfestigt gesellschaftliche Ungleichheit und benachteiligt  
231 vor allem Kinder aus migrantischen oder bildungsfernen Familien. Mit der  
232 Einführung von Gemeinschaftsschulen hat sich Berlin dabei auf den Weg zu mehr  
233 Bildungsgerechtigkeit gemacht. Daher sollen auch bei uns in Charlottenburg-  
234 Wilmersdorf weitere Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe entstehen,  
235 damit für mehr Schüler\*innen das gemeinsame Lernen während der gesamten  
236 Schulzeit wählbar wird. Die Entstehung oder Umwandlung von Schulen zu  
237 Gemeinschaftsschulen wollen wir fördern und unterstützen.

238 Saubere Schulen sind Grundlage einer angenehmen Lernatmosphäre. Dafür wollen wir  
239 den Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung modellhaft an einigen  
240 Standorten erproben. Sobald die Finanzierung durch das Land Berlin gesichert  
241 ist, sollen dann schrittweise nach Tarif und im öffentlichen Dienst beschäftigte  
242 und den Schulen zugeordnete Reinigungskräfte die Arbeit übernehmen. Wir wollen,  
243 dass gesellschaftlich wertvolle Arbeit angemessen bezahlt wird.

244 Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Bildungseinrichtungen und Initiativen des  
245 Bezirks soll weiter verstärkt werden, um Kindern und Jugendlichen ein möglichst  
246 breites Angebot zur persönlichen Interessenbildung und -entwicklung bieten zu  
247 können. Dazu muss das außerschulische Angebot der Die Gartenarbeitsschule, der  
248 die Jugendverkehrsschule und die Jugendkunstschule, sowie der Musikschulen im  
249 Bezirk gestärkt werden. Darüber hinaus soll ein Konzept entwickelt werden, wie  
250 Kinder und Jugendliche sich auch im sozialen Bereich mehr im Bezirk engagieren  
251 und einbringen können, um so Verantwortung und das soziale Miteinander zu  
252 lernen. Zudem sollen überregionale Angebote wie z.B. Demokratie lernen & leben  
253 bekannter gemacht werden.

254 Kitas und Schulen ökologisch entwickeln

255 Um die Qualität des Mittagessens in den Einrichtungen zu verbessern, sollen  
256 verwendete Lebensmittel Bio, saisonal und regional und weitestgehend pflanzlich  
257 sein.

258 Das Kochen vor Ort, die Essenzubereitung als Thema für Kinder, das gemeinsame  
259 Arbeiten im (Schul-)Garten und der Gartenarbeitsschule sowie Exkursionen auf  
260 Bio-Bauernhöfe ins Umland sollen Kindern ein Bewusstsein für gesundes,  
261 insbesondere pflanzliches Essen und seine Herkunft vermitteln.

262 Mit der Bewältigung der Klimakrise hinterlassen wir den Kindern und Jugendlichen  
263 eine riesige Aufgabe. Dass sie in der Schule kaum thematisiert wird, passt damit  
264 nicht zusammen. Deshalb müssen Projekte zum Thema Klimakrise gefördert werden.  
265 Hierbei kann die Unterstützung durch die Stabsstelle Bildung für nachhaltige  
266 Entwicklung genutzt werden, zum Beispiel zum Thema Erneuerbare Energien, Fairer  
267 Handel oder "Essen macht Schule".

268 Um die Öko-Bilanz von Kitas und Schulen zu verbessern, müssen mehr Freiflächen  
269 von Pflaster oder Asphalt befreit werden. So wird gemeinschaftliches Gärtnern  
270 möglich. Schulen sollen Solardächer und energiesparende Heizsysteme bekommen.

271 Alle Bildungseinrichtungen sollen sich für den Stadtteil öffnen und den  
272 Austausch untereinander und mit der Nachbarschaft verstärken, um das soziale  
273 Miteinander zu fördern.

274 Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern stärken

275 Wir wollen den Schüler\*innen-Haushalt fest in unserem Bezirk verankern und  
276 Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, selbst über einen eigenen Etat  
277 pro Schule zu verfügen. Dafür sind die finanziellen Mittel in den  
278 Bezirkshaushalt einzustellen und die pädagogische Begleitung durch die  
279 Servicestelle Jugendbeteiligung zu gewährleisten.

280 Elternvertretungen in Schule und Kita, sowie auf Bezirksebene leisten eine  
281 wichtige Arbeit in unserem Bezirk. Wir wollen ihre Arbeit stärken und ihnen eine  
282 hauptamtliche Ansprechperson und Räume im Bezirksamt zur Verfügung stellen.

283 Wir fördern die Kinder- und Jugendbeteiligung durch ein eigenes Büro und die  
284 Unterstützung des Kinder- und Jugendparlamentes. Ihre Beschlüsse werden in der  
285 Bezirksverordnetenversammlung diskutiert und beschlossen.

286 Wir stärken die Arbeit der Integrationslots\*innen und setzen uns für  
287 mehrsprachige Angebote ein, um mit der Beratung und Arbeit der  
288 Integrationslots\*innen möglichst viele Menschen zu erreichen. Dafür ist eine  
289 hochwertige Qualifizierung notwendig.

290 Wir wollen Kinder und Jugendliche vor Kriminalität und Gewalt schützen. Deshalb  
291 unterstützen wir Projekte des bezirklichen Präventionsrates gegen Gewalt, damit  
292 sie weder Opfer noch Täter\*innen werden.

293 Starke Jugendfreizeiteinrichtungen sind erster Anlaufpunkt, um eigene Interessen  
294 zu entdecken und zu entwickeln. Kinder aus ressourcenarmen Familien profitieren  
295 davon besonders.

296 Kinder können sich selbständig im Bezirk bewegen

297 Wir wollen, dass sich alle Kinder im Bezirk sicher bewegen können. Dafür  
298 schaffen wir die Voraussetzungen rund um Kitas und Schulen. Wir unterstützen

299 Initiativen, die temporäre Spiel- und Schulstraßen und verkehrsberuhigte  
300 Bereiche fordern und organisieren.

301 Wir haben alle Schulen im Bezirk auf die Schulwegsicherheit untersucht. Wir  
302 setzen die empfohlenen Maßnahmen um und wollen regelmäßig in Absprache mit den  
303 Schulen die Lage neu bewerten und prüfen, ob erneut Handlungsbedarf besteht.

304 Wir unterstützen es, wenn Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule oder zur  
305 Kita kommen. Dafür wollen wir die Jugendverkehrsschulen stärken und die  
306 Mobilitätserziehung in den Schulen und in den Kitas weiterentwickeln, damit  
307 Schüler\*innen und Kitakinder sich auf ihren Wegen sicher im Straßenverkehr zu  
308 bewegen wissen. Hierfür sollen die Jugendverkehrsschulen ihre täglichen  
309 Öffnungszeiten erweitern und auch am Wochenende für Familien zugänglich sein.

310 Eine bessere Radinfrastruktur ist für die Mobilitätswende notwendig. Dafür  
311 schaffen wir ausreichend Radabstellplätze und Fahrradreparaturstationen rund um  
312 Schulen und Kitas; und kontrollieren Verstöße durch das Ordnungsamt.

313 Mehr Grün und mehr Platz im öffentlichen Raum für Kinder, Jugendliche und  
314 Familien

315 Der Bezirk hat gute, aber viel zu wenige Spielplätze! Der verdichtete  
316 Innenstadtbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat gegenwärtig ein großes  
317 Flächendefizit bei Spielplätzen (Richtzahl: 1m<sup>2</sup> pro Einwohner, in CW: 0,47 m<sup>2</sup>)  
318 und steht damit an zweitschlechtester Stelle aller Bezirke in Berlin! Vorhandene  
319 Spielplätze müssen erhalten bleiben und neue geschaffen werden! Die Qualität der  
320 Spielplätze ist deutlich verbessert worden. Weit mehr als die vom Senat  
321 zugewiesenen Spielplatzsanierungsmittel konnte das Grünflächenamt in den  
322 vergangenen Jahren in die Instandhaltung investieren, indem es auf die nicht  
323 verausgabten Mittel aus anderen Bezirken zugreifen konnte.

324 Wir wollen mehr Orte für Kinder und Jugendliche draußen schaffen. Dazu müssen  
325 Straßen in Spielplätze umgewidmet werden, in temporäre und dauerhafte  
326 Spielstraßen und grüne Plätze.

327 Jugendeinrichtungen müssen so unterstützt werden, dass sie länger öffnen können.  
328 Jugendpartyräume müssen auch am Abend zur Verfügung stehen.

329 Auf öffentlichen Flächen und in der Nähe von Spielplätzen sollen ausreichend  
330 viele Bänke, Wasserspender und barrierefreie Toiletten vorhanden sein.

331 Die öffentliche Nutzung von Kleingartenanlagen soll verstärkt werden.

332 Familienfreundliche Verwaltung

333 Berliner Familien sind genervt von einer langsamen Bürokratie und komplizierten  
334 Verwaltungsverfahren. Wir wollen Familien bei der Antragstellung unter die Arme  
335 greifen, in dem wir ein Familienservicebüro etablieren. Darin sollen sämtliche  
336 familienbezogenen Leistungen zentral und mehrsprachig beantragt werden können.  
337 Dadurch ersparen wir Familien unnötige Wege und Kopfschmerzen.

338 Das Haus der Nachbarschaft und die Ulme 35 sind Leuchttürme in unserem Bezirk,  
339 die für zivilgesellschaftliches Engagement und nachbarschaftliche Hilfe stehen.  
340 Wir wollen beide Institutionen fördern, für die Zukunft sichern und unterstützen  
341 den Ausbau von Angeboten für Nachbar\*innen und geflüchtete Menschen.

342 Wir wollen Verwaltungsprozesse nicht nur beschleunigen, sondern auch  
343 digitalisieren, damit man bequem von Zuhause aus Leistungen beantragen kann.  
344 Dafür machen wir uns im Bezirk und auf Landesebene stark. Auch in Krisenzeiten  
345 müssen unsere Verwaltungen und Schulen arbeitsfähig bleiben, dafür muss in guten  
346 Zeiten Vorsorge geleistet werden. Der Jugendgesundheitsdienst und die  
347 Erziehungsberatungsstellen sollen so ausgestattet werden, dass auch in  
348 Krisenzeiten kein Kind zurückgelassen wird.

349 Das soziale Miteinander & Gesundheitsversorgung stärken

350 Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein vielfältiger und beliebter Bezirk. Im  
351 Berliner Vergleich ist der Anteil ökonomisch besser gestellter Menschen sehr  
352 hoch – aber zwischen Charlottenburg-Nord und Grunewald gibt es große  
353 Unterschiede. Diese sozialen Ungleichheiten wollen wir ausgleichen.

354 Unsere wichtigsten Projekte für die kommende Wahlperiode sind:

- 355 • den öffentlichen Gesundheitsdienst besser personell und digital ausstatten
- 356 • generationenübergreifende Stadtteiltreffs entwickeln
- 357 • Erwerbslosigkeit durch (Weiter-)Bildung verhindern - Erwerbslosen  
358 Perspektiven aufzeigen
- 359 • Wohnungslosigkeit vorab durch niedrigschwellige Hilfen vermeiden
- 360 • Drogenabhängige nicht kriminalisieren, sondern unterstützen - einen  
361 Drogenkonsumraum im Bezirk errichten

362 Gesundes Leben und aktivierende Sozialpolitik

363 Gesundheit ist nach grünem Verständnis körperliches, psychisches und soziales  
364 Wohlbefinden. Es entsteht durch Teilhabe am sozialen Leben und Selbstbestimmung  
365 aller Menschen - unabhängig von Einkommen und sozialem Status. Deshalb setzen  
366 wir uns für gerechte Lebensbedingungen und eine kieznahe Versorgung ein. In  
367 Bezirksregionen wollen wir medizinische, pflegerische und psychosoziale Hilfen  
368 verzahnen – unter aktiver Einbeziehung aller Beteiligten: der Anbietenden und  
369 der Nutzenden. Die Stärkung der Gesundheitskompetenz und die Verhinderung von  
370 Krankheiten oder deren Verschlechterung stehen dabei im Zentrum.

371 Nachhaltige Gesundheit entsteht im alltäglichen Leben. Gesundheitsförderung ist  
372 deshalb ein Querschnittsthema aller politischen Ressorts: nachhaltige Klima- und  
373 Umweltpolitik, eine menschengerechte und Bewegung fördernde Verkehrswende, gutes  
374 einkommensunabhängiges Wohnen, umfassende Barrierefreiheit – damit wollen wir  
375 die Lebensbedingungen aller Generationen verbessern.

376 Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie notwendig ein gut organisierter und gut  
377 ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst ist. In den letzten Jahrzehnten  
378 konnten die bezirklichen Gesundheitsämter infolge der Personaleinsparungen  
379 mühsam nur noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen. Dabei haben sie neben den  
380 hoheitlichen Aufgaben wie der Überprüfung von Hygienestandards und  
381 Epidemiebekämpfung das Potential zur aktiven Gesundheitsförderung der  
382 Bevölkerung. Um das zu erreichen, wollen wir die Personalausstattung verbessern,  
383 auch durch Beschleunigung der Einstellungsverfahren, und für die Ausstattung mit  
384 notwendiger Computertechnik sorgen.

385 Zur bezirklichen Gesundheitsplanung werden die Kompetenzen der  
386 Organisationseinheiten für Qualitätssicherung, Planung und Koordination (QPK)  
387 gestärkt. Das Gesundheitsamt unterstützt alle im Bezirk lebenden Menschen in  
388 ihrer Gesundheit – unabhängig vom Aufenthaltsstatus und ihrer Berufsausübung.  
389 Die Verwaltung soll auf Grundlage der Gesundheits- und Sozialdaten des Bezirks  
390 gezielte Angebote zur Förderung der Bewegung, der Zahngesundheit und der  
391 gesunden Ernährung erarbeiten und umsetzen. Sie arbeitet mit Anbieter\*innen von  
392 Gesundheits- und Sozialleistungen zusammen und bestimmt über die Finanzierung  
393 und Aufgabenstellung.

394 Nach dem Vorbild des „Hauses des Säuglings“ im Rathaus Charlottenburg wollen wir  
395 Beratungsangebote für Familien mit Kindern im ganzen Bezirk örtlich und zeitlich  
396 schnell zugänglich, unter besonderer Berücksichtigung sozialer und ökonomischer  
397 Lagen ausbauen. Hausbesuche nach Geburten werden allen Familien angeboten.

398 Die psychosoziale und psychiatrische Versorgung wollen wir weiter verbessern.  
399 Der bezirkliche Gesundheitsdienst soll sicherstellen, dass Hilfen insbesondere  
400 bei sexualisierter Gewalt angeboten wird. Die Beratung queerer Menschen durch  
401 die im Bezirk ansässigen gemeinnützigen Träger wird gefördert und ausgebaut.

402 Gesund und aktiv älter werden

403 In Charlottenburg-Wilmersdorf leben sehr viele ältere Menschen: berlinweit hat  
404 der Bezirk den zweitgrößten Anteil von Personen, die hundert Jahre und älter  
405 sind. Viele Senior\*innen erfreuen sich lange guter Gesundheit und engagieren  
406 sich gerne ehrenamtlich. Sie brauchen mehr Wohn- und Pflegeangebote, die einen  
407 möglichst langen Verbleib im vertrauten Quartier fördern und sichern. Wir  
408 wollen, dass der Bezirk eine eigene Bedarfsplanung für pflegerische und  
409 pflegepräventive Angebote unter Einbezug des Ehrenamtes zum möglichst langen  
410 Erhalt der Selbstständigkeit von Betroffenen erarbeitet.

411 Der Ausbau der Tagespflege und die Förderung ambulanter Pflegeangebote tragen  
412 genauso wie der Erhalt und Ausbau von Gesundheitszentren, Senior\*innenclubs,  
413 generationenübergreifenden Nachbarschaftstreffs und Gemeinschaftsgärten zur  
414 Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei. In Wohngemeinschaften kann trotz  
415 Personalmangel eine gute Pflegequalität bei Erhalt privater Häuslichkeit  
416 gewährleistet werden. Wir wollen, dass bezirkliche Einrichtungen und Pflegeheime  
417 mit kostenlosem WLAN-Anschluss ausgestattet werden, bei Bedarf sollen Schulungen  
418 zur Nutzung angeboten werden. Wir wollen die bezirklichen Seniorentreffpunkte zu  
419 Stadtteilclubs mit einem Diversity-Ansatz erweitern. Menschen mit  
420 Migrationsgeschichte sollen durch auf sie abgestimmte Angebote ausdrücklich zur  
421 Teilnahme angesprochen werden.

422 Die Arbeit der bezirklichen Pflegestützpunkte im Bezirk wollen wir stärken, auch  
423 bei der Entlastung von versorgenden Angehörigen. Interkulturelle Angebote und  
424 kultursensible Pflege sollen gezielt gefördert werden. Heime und  
425 Pflegewohngruppen sollen durch Öffnung in die Quartiere präsent und zugänglich  
426 sein. Bedarfsgerechte Modernisierungen und die Entwicklung von Mindeststandards  
427 für Pflege- und Wohnangebote, auch für alternative Wohnformen, wollen wir  
428 erleichtern und langfristig sichern.

429 Die derzeitige Entwicklung der bezirklichen Pflegeeinrichtungen und  
430 Senior\*innenhäuser der Wilmersdorfer Seniorenstiftung sehen wir mit großer  
431 Sorge. Aktuell hat die Stiftung den Vertrag über das Pflegeheim in der

432 Lentzeallee und ein weiteres Gebäude in der Schweinfurthstraße gekündigt. Wir  
433 wollen die verbliebenen Einrichtungen erhalten. Das muss auf solider  
434 finanzieller Basis geschehen. Unser Ziel ist der dauerhafte Erhalt der  
435 Senior\*innen- und Stadtteilclubs.

436 Mit der in 2019 eingerichteten Koordinationsstelle für Altenhilfe und Geriatrie  
437 wollen wir regelmäßig Altenhilfepläne erarbeiten, um vorhandene Angebote zu  
438 erfassen und Versorgungslücken und neue Bedarfe für die Versorgung von älteren  
439 Menschen aufzuzeigen. Dazu gehört die Analyse der bezirklichen Altersstruktur  
440 nach Quartieren und sozialer Lage. Die Angebote im Rahmen des Projekts  
441 „Demenzfreundliche Kommune“ wollen wir im Zusammenwirken von Bezirksamt und  
442 Pflegeeinrichtungen weiter ausbauen.

443 Gutes Miteinander in Charlottenburg-Wilmersdorf

444 Unser Bezirk lässt niemanden zurück, weder Erwerbslose, Wohnungslose,  
445 Alleinerziehende noch andere Menschen, die Hilfe brauchen. Für sie alle ist das  
446 Bezirksamt eine Anlaufstelle. Ihnen zugewandt nimmt die Verwaltung ihre Aufgaben  
447 in der Daseinsvorsorge unkompliziert und bürgernah wahr. Die in der Corona-  
448 Pandemie umgesetzten vereinfachten Verfahren machen deutlich, wie flexibel die  
449 Verwaltung sein kann. Diesen Ansatz wollen wir dauerhaft nutzen, um den  
450 bürokratischen Aufwand zu minimieren und schnelle und effektive Hilfe zu geben.  
451 Der direkte Kontakt zu den Leistungsempfänger\*innen soll dabei im Mittelpunkt  
452 stehen.

453 Viele Erwerbslose im Bezirk haben keine Ausbildung oder gar keinen  
454 Schulabschluss. Für sie ist es schwer, im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.  
455 Umso mehr muss rechtzeitig die Möglichkeit eines Abschlusses gefördert werden.  
456 Mit den Jugendberufsagenturen, die integriert mit Jobcenter und Jugendamt  
457 zusammenarbeiten, ist es bereits gelungen, mehr Jugendliche und junge Erwachsene  
458 in eine Ausbildung zu bringen. Diesen Weg wollen wir fortführen und dabei  
459 stärker Social Media für die Kontaktaufnahme nutzen.

460 Erwerbslose bekommen im Jobcenter Hilfe. Für die Unterstützung von  
461 Langzeiterwerbslosen setzen wir auf Projekte, von denen Erwerbslose und die  
462 Gesellschaft profitieren können. Durch Nutzung von Bundes- und Landesmitteln  
463 wollen wir Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen, die notwendige Kenntnisse für  
464 neue Berufe vermitteln.

465 In der laufenden Wahlperiode haben wir die Stelle einer Ombudsperson im  
466 Jobcenter initiiert. Sie ist unabhängig, kann Bescheide erläutern und in  
467 Streitfällen vermitteln. Damit haben wir eine Möglichkeit geschaffen, jenseits  
468 aufwändiger Widersprüche oder Klagen Probleme zu lösen. Das wollen wir  
469 fortsetzen und die bislang ehrenamtliche Stelle professionalisieren.

470 Die Schuldner\*innen- und Insolvenzberatung des Bezirks wurde durch zusätzliche  
471 Landesmittel personell aufgestockt. Diese Mittel werden auch zukünftig  
472 gebraucht, um die langen Wartezeiten auf eine Beratung zu verkürzen. Gerade in  
473 den Zeiten der Corona-Pandemie geraten viele Menschen in finanzielle Not, für  
474 deren Ausweg sie professionelle Unterstützung benötigen. Die Schuldner\*innen-  
475 und Insolvenzberatung soll auch präventive Beratungsangebote unterbreiten, um  
476 Schuldenfallen vorzubeugen.

477 Vom ehrenamtlichen Engagement im Bezirk profitieren viele Menschen. Der Einsatz  
478 in Vereinen, Glaubensgemeinschaften, Nachbarschaftsinitiativen und lockeren

479 Zusammenschlüssen in Interessengemeinschaften fördert sozialen Zusammenhalt und  
480 Gemeinsinn. In der Coronakrise wird die Hilfsbereitschaft, z.B. bei der  
481 Übernahme von Einkäufen, wieder deutlich. Wir wollen, dass das Bezirksamt diesen  
482 Einsatz verstärkt unterstützt, etwa durch die aktive Vermittlung Interessierter  
483 an Organisationen und Initiativen im Bezirk. In der Freiwilligenagentur können  
484 sich jetzt schon Menschen von jung bis alt melden, um sich im Bezirk zu  
485 engagieren. Auch das "Junge Engagement Charlottenburg-Wilmersdorf" wollen wir im  
486 Rahmen der Freiwilligenagentur fortführen, um gezielt Jugendliche und junge  
487 Erwachsene anzusprechen. Nachbarschaftszentren wie das Haus der Nachbarschaft  
488 in Wilmersdorf oder das Haus am Lietzensee in Charlottenburg werden wir weiter  
489 fördern und die Aktivitäten unterstützen.

#### 490 Wege aus der Wohnungs- und Obdachlosigkeit

491 Durch die massiv wachsende Wohnungsknappheit werden immer mehr Menschen von  
492 Wohnungslosigkeit bedroht. Das ist nicht nur eine massive Belastung, sondern der  
493 Weg in eine lebensgefährliche Obdachlosigkeit, aus der ein Ausstieg sehr schwer  
494 ist. Daher wollen wir alle nur möglichen Maßnahmen ausschöpfen, um den Verlust  
495 der Wohnung im Vorfeld zu vermeiden. Dazu gehört eine aufsuchende Beratung über  
496 möglichen Wohnungsverlust bei Mietrückständen und eine Vereinbarung über die  
497 Übernahme der Mietzahlungen bei Menschen, die Leistungen der Grundsicherung oder  
498 Sozialhilfe empfangen.

499 Im Bereich der Kältehilfe sind nicht nur ausreichend viele Plätze  
500 bereitzustellen, sondern auch betreute Wohnformen anzubieten, die obdachlos  
501 gewordenen Menschen Wege in ein selbstständig organisiertes Leben erleichtern.  
502 Dazu wollen wir neben dem bewährten Wohnprojekt in der Güntzelstraße 4 weitere  
503 Projekte einrichten.

504 Unser Ziel ist es, dass alle Unterkünfte für Wohnungslose Mindeststandards wie  
505 die Ausstattung mit WLAN – berlinweit - aufweisen. Gemeinsam mit dem Landesamt  
506 für Gesundheit und Soziales wollen wir erreichen, dass der Bezirk zukünftig  
507 weniger Hostels zur Unterbringung von Wohnungslosen nutzen muss. Stattdessen  
508 wollen wir das Konzept des "Housing First" anwenden und Wohnungslosen eine  
509 Unterkunft oder Wohnung mit eigenem Mietvertrag anbieten.

510 Auch die präventive Arbeit wollen wir stärken. Den Aufbau der integrierten  
511 Fachstellen zur Prävention von Wohnungslosigkeit unterstützen wir und wollen ihn  
512 in der kommenden Wahlperiode fortsetzen, damit die Hilfe greifen kann, bevor  
513 Wohnungslosigkeit entsteht.

514 Um obdachlosen Personen ein Mindestmaß an Hygiene zu ermöglichen, wollen wir uns  
515 als Bezirk für einen flächendeckenden Ausbau an öffentlichen und kostenlos  
516 zugänglichen Toiletten einsetzen. Für das harte Leben auf der Straße muss  
517 wenigstens eine sanitäre Grundausstattung – insbesondere für Frauen und  
518 menstruierende Personen - gewährleistet sein, dazu gehört etwa der Zugang zu  
519 Menstruationsprodukten.

#### 520 Suchtprävention und Selbstbestimmung

521 Wir wollen eine Drogenpolitik durch Aufklärung und Unterstützung statt  
522 pauschaler Kriminalisierung. Abhängige brauchen Unterstützung, keine  
523 Sanktionierung. Die soziale Arbeit mit Konsument\*innen muss vernünftig und  
524 akzeptierend sein, fokussiert auf die Wirkung statt auf die willkürliche  
525 Trennung zwischen legalen und illegalen Drogen. Dabei müssen wir verstärkt auch

526 sogenannte nichtstofflich gebundene Abhängigkeiten, wie etwa Glücksspiel und  
527 Internet, in den Blick nehmen. Prävention ist effektiver als Heilung.

528 Dort wo sich Konsument\*innen treffen, herrschen oft menschenunwürdige Zustände.  
529 Am Bahnhof Zoo wurde mit dem Hygienecenter zumindest etwas Abhilfe geschaffen.  
530 Hier müssen aber noch mehr Angebote entstehen, die den Konsum unter hygienischen  
531 Bedingungen ermöglichen. Die sozialen Bedarfe sind bei den großangelegten  
532 Planungen für die städtebauliche Umgestaltung des Zoo-Areals mit einzubeziehen.

533 Wir setzen uns weiterhin für einen festen Drogenkonsumraum im Umfeld des  
534 Stuttgarter Platzes ein und begrüßen die Planung eines Konsumraumes am Bahnhof  
535 Charlottenburg. Im Drogenkonsumraum können gebrauchte Spritzen sicher entsorgt  
536 werden und gefährden nicht die Umgebung. Zur Reduzierung von Gesundheitsgefahren  
537 wollen wir auch im Bezirk das Angebot schaffen, Substanzen vor dem Konsum auf  
538 ihre gesundheitliche Sicherheit prüfen zu lassen.

539 Die Aufklärung über die Gefahren auch legaler Drogen wie Alkohol oder Tabak soll  
540 ausgeweitet werden. Der Bezirk muss Hilfs- und Beratungsangebote offensiver  
541 bewerben. Aufklärungsangebote an Schulen müssen ausgeweitet werden und über eine  
542 bloße Tabuisierung hinausgehen. Gefahren und Risiken sollen ebenso wie der Weg  
543 in ein adäquates Konsumverhalten dargestellt werden. Dabei muss eine ehrliche  
544 Aufklärung über die gesundheitlichen Folgen unabhängig vom Status der Legalität  
545 stattfinden.

## Beschluss Komplex III: Kreativität und Nachhaltigkeit

Gremium: Kreismitgliederversammlung

Beschlussdatum: 16.03.2021

### Antragstext

- 1 Mit Kunst und Kultur das Leben in der Stadt weiterentwickeln
- 2 Kunst und Kultur verstehen wir als Element alltäglichen Lebens und als
- 3 Möglichkeit eingreifenden Gestaltens. Künstler\*innen und Kulturschaffende
- 4 brauchen Freiräume zum Experimentieren. Kunst und Kultur im jeweiligen Kiez
- 5 ermöglicht den Bürger\*innen einen ortsnahen Zugang und lebendigen Dialog der
- 6 Auseinandersetzung mit ihrem Umfeld. Als städtischer Bezirk mit vielen
- 7 Kulturorten müssen wir Kultur stärker mit der Stadtentwicklung zusammen denken
- 8 und sie allen Bewohner\*innen zugänglich machen.
- 9 Unsere wichtigsten Forderungen im Überblick:
  - 10 • Wohnortnahe Kulturangebote erhalten und diese durch
  - 11 „Kulturentwicklungsplan Bezirk-Stadtteil-Kiez“ in allen Stadtteilen
  - 12 fördern
  - 13 • Zusammenarbeit von Schulen und Kultureinrichtungen stärken und mit einem
  - 14 jährlichen Kulturpreis künstlerische Aktivitäten von Kindern und
  - 15 Jugendlichen fördern
  - 16 • Die Vielfalt Charlottenburg-Wilmersdorfs sichtbar machen und
  - 17 migrantische Kulturvereine und Akteur\*innen stärker unterstützen
  - 18 • Künstler\*innen finanziell fördern - und mehr Atelierräume und Platz für
  - 19 Street-Art-Projekte bereitstellen
  - 20 • Lebendige Erinnerungskultur aufrechterhalten
- 21 Villa Oppenheim, Kommunale Galerie, Artothek, Bibliothek, Musikschule und
- 22 Jugendkunstschulesind wichtige Kunst- und Kulturorte, die erfolgreiche
- 23 Aktivitäten mit unterschiedlichen Zugängen für Junge und Alte im Bezirk
- 24 entwickeln. Durch finanzielle und soziale Absicherung sollen sie unserem Bezirk
- 25 langfristig erhalten bleiben und ihr vielfältiges Angebot - auch an neuen Orten
- 26 - weiterentwickeln.
- 27 So befindet sich das Schoeler-Schlösschen im Ortsteil Wilmersdorf jetzt in der
- 28 Planungs- und Bauphase zu einem Kulturort für alle. Durch Bürger\*innen-Foren,
- 29 während der Bauzeit, sollte schon jetzt eine Bürger\*innenbeteiligung ermöglicht
- 30 werden. Die gelegentliche Nutzung des Gärtchens für kleinere künstlerische
- 31 Projekte kann die Nachbarschaft für die zukünftigen Aufgaben des Hauses
- 32 gewinnen.
- 33 Neben den Aktivitäten der kommunalen Kultureinrichtungen unterstützen wir das,
- 34 was uns als Stadtgemeinschaft zusammenbringt und unseren Bezirk lebendig werden
- 35 lässt. - Die Aneignung der öffentlichen Plätze durch Musik, Theater,
- 36 Performances sowie Bürgerfesten und Mitmachaktionen!

37 Während das "Bezirksfest" (ehemals Fest der Nationen) noch deutlicher die  
38 Vielfalt unseres Bezirks durch die Beteiligung unterschiedlichster Communities  
39 zum Ausdruck bringen sollte, zeigt das Europafest der Bürgerinitiative  
40 "Miteinander im Kiez e.V." am Leon-Jessel-Platz, welche Bereicherung solche  
41 Aktionen für den jeweiligen Kiez, oder die thematisch auf Nachhaltigkeit  
42 ausgerichteten Events am Steinplatz für den gesamten Bezirk sein können.

43 Unser Bezirk ist nicht nur „Innenstadt“, sondern hat zahlreiche Kieze, die auch  
44 für die langjährigen Bewohner\*innen Interessantes zu bieten haben. Die  
45 bisherigen „Bürgermeisterspaziergänge“ wollen wir durch Themenspaziergänge,  
46 beispielsweise zur „Essbaren Stadt“, zum Denkmalschutz, zu Kunst im  
47 öffentlichen Raum oder zu „Großbaustellen“ von den jeweiligen Dezernaten  
48 ergänzen

49 Um auf die Angebote der bezirklichen Kulturorte mehr aufmerksam zu machen, soll  
50 eine „digitale Litfaßsäule“, die Ausstellungen und Veranstaltungen – auch der  
51 städtischen Kulturinstitutionen - in einem Kalender, z.B. auf der Website des  
52 Kulturamtes, übersichtlich ankündigen.

53 Wir wollen überall wohnortnahe, dezentrale Kulturangebote erhalten und fördern  
54 Kommunale Einrichtungen sollen den Bürger\*innen den Weg zu Kunst und Kultur  
55 wohnortnah und niedrigschwellig ermöglichen.

56 Wir setzen uns ergänzend zur zukünftigen Hauptbibliothek dafür ein, die  
57 bestehenden Stadtteilbibliotheken zu erhalten und diese als dezentrale Orte der  
58 Begegnung und für spartenübergreifende Veranstaltungen zu nutzen.

59 Wir wollen die Voraussetzungen für Schulen als kulturelle Orte schaffen. Das  
60 bedeutet, dass wir die Zusammenarbeit der Schulen mit der Musikschule, der  
61 Jugendkunstschule und freien Tanz- und Theatergruppen unterstützen – so wie es  
62 beim Vereinssport in Schulturnhallen schon praktiziert wird. Wir setzen uns für  
63 eine verstärkte, regelmäßige Nutzung von Schulräumen für außer- oder  
64 überschulische Angebote wie Instrumentalunterricht oder Theatergruppen ein, um  
65 Schulen als Begegnungsraum zu etablieren. Dazu braucht es klare  
66 Verantwortlichkeiten für Aufsichts- oder Schlüsselregelungen, aber auch einen  
67 Personalaufbau beispielsweise in den Musikschulen. So werden Schulen noch  
68 stärker zu einem Ort der Interessen- und Weiterbildung von Kindern und  
69 Erwachsenen.

70 Die Jugendkunstschule soll – um den begrenzten räumlichen Möglichkeiten an ihrem  
71 Standort zu begegnen - die Voraussetzungen für zukünftig mehr mobile Angebote  
72 entwickeln. So kann dem Bedarf von Schulen am Rande des Bezirks mehr entsprochen  
73 werden.

74 Ein neuer Kulturentwicklungsplan Bezirk-Stadtteil-Kiez soll für alle Stadtteile  
75 Ziele festlegen sowie mittelfristige und langfristige Vorhaben vorstellen. Ein  
76 solcher Kulturentwicklungsplan über die vom Bezirk beabsichtigten Vorhaben kann  
77 Orientierung geben und für die Bewohner\*innen Anlass sein, sich einzumischen.

78 Wir befürworten die Einrichtung von Bücherboxen als Ausdruck bürgerschaftlichen  
79 Interesses, denn Bücherboxen sind für viele Bewohner\*innen ein kommunikativer  
80 Ort. Es wäre hilfreich, wenn Pat\*innenschaften für Bücherboxen durch Schulen  
81 eingeführt werden. Als Beitrag zur Nachhaltigkeit könnten Schüler\*innen hier  
82 Verantwortung übernehmen.

- 83 Kulturelle Bildung wirkt integrativ und inklusiv
- 84 Kulturelle Bildung ist wichtig, um Kunst und Kultur für alle im Bezirk zu  
85 erschließen. Wir wollen einen Zugang zur Kultur für alle - unabhängig von  
86 Geschlecht, Herkunft, Elternhaus, Einkommen oder Bildungsabschluss.
- 87 Es gilt die kulturelle Bildung in schulischen und außerschulischen  
88 Zusammenhängen weiter zu fördern und die enge Zusammenarbeit von Schule und  
89 Kultur zu festigen! Einige Kooperationen im Bezirk sind während der Pandemie  
90 eingeschlafen. Diese wollen wir wieder aktivieren. Eine Broschüre über gelungene  
91 kooperative künstlerische Projekte soll dafür Mut machen.
- 92 Wir wollen einen jährlichen Jugendkulturpreis ausschreiben, der alle  
93 künstlerischen Sparten einbezieht und jeweils zur Eröffnung der Künstlerischen  
94 Werkstätten vergeben wird. Eine solche Förderung künstlerischer Aktivitäten von  
95 Kindern und Jugendlichen würdigt ihre Leistungen bezirkswweit. Darüber hinaus  
96 sollen die von den Kindern und Jugendlichen erstellten Beiträge öffentlich  
97 ausgestellt werden.
- 98 Gesprächskreise zwischen Kulturpädagog\*innen und Künstler\*innen aus kommunalen,  
99 privaten und städtischen Kultureinrichtungen sind essenziell, um sich über  
100 kulturpolitische Fragen auszutauschen. Ein Runder Tisch „Kulturelle Bildung“  
101 kann zur Vernetzung wesentlich beitragen.
- 102 Kulturelle Bildung ist eine Querschnittsaufgabe, die wir durch kostenlose  
103 Angebote, flexible und alltagstaugliche Öffnungszeiten, dem Schließen von  
104 Leerstellen und mit Einstellung von Personal erfüllen möchten.
- 105 Für ausgewählte bezirkliche Projekte des Berliner Projektfonds möchten wir mehr  
106 Aufmerksamkeit schaffen und die Beteiligung der Schulen erhöhen.
- 107 Die kulturelle Vielfalt in Charlottenburg-Wilmersdorf sichtbar machen
- 108 Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein vielfältiger Bezirk. Bei uns leben Menschen  
109 mit den unterschiedlichsten Hintergründen und Wurzeln aus allen Teilen der Welt.  
110 Diese Vielfalt soll sich auch im Kulturangebot und der Kulturförderung des  
111 Bezirks widerspiegeln. Unterschiedlichen Communities möchten wir mehr Platz zum  
112 Ausleben und Darstellen ihrer Kunst und Kultur einräumen.
- 113 Um die Vielfalt Charlottenburg-Wilmersdorfs sichtbarer zu machen, wollen wir  
114 migrantische Kulturvereine und Akteur\*innen stärker unterstützen. Wir setzen uns  
115 für einen offenen Dialog ein, in dem wir gemeinsam mit den Kulturschaffenden  
116 Wege finden wollen, wie sie noch mehr Teil des öffentlichen Kulturlebens sein  
117 können.
- 118 Durch die Pandemie sind viele Städterpartnerschaften leider eingeschlafen. Diese  
119 wollen wir wieder neu beleben und weiter ausbauen. Partner\*innenschaften, nicht  
120 nur im europäischen Raum, fördern die kulturelle Kompetenz und bieten einen  
121 Blick über den Tellerrand. Unsere Partnerstädte sollen für Projekte des  
122 kulturellen Austauschs, wie gemeinsame Ausstellungen oder Praktika, wieder  
123 gewonnen werden. Der europäische Gedanke soll durch gemeinsame künstlerische  
124 Netzprojekte mit Kindern und Jugendlichen weiterentwickelt werden.
- 125 Unsere Künstler\*innen brauchen räumliche und finanzielle Unterstützung!

126 Als fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Charlottenburg-  
127 Wilmersdorf müssen wir Kultur und die Künste ernstnehmen. Es ist klar: Ohne  
128 Künstler\*innen und Kulturschaffende auch keine Kultur. Deshalb setzen wir uns  
129 für eine Weiterentwicklung der bezirklichen Künstler\*innenförderung ein.

130 Wir möchten gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Künstler\*innen in  
131 Charlottenburg-Wilmersdorf aktiv fördern. Dies soll durch eine Erhöhung des  
132 Ankaufsetats sowie die fortgesetzte Beteiligung einer Jury bei Ankäufen für die  
133 Artothek sichergestellt werden.

134 Wir wollen Atelierräume für Künstler\*innen ausbauen und temporär zur Verfügung  
135 stellen sowie für Street-Art-Projekte, Wandmalerei oder Graffiti Außenanlagen  
136 finden.

137 Mit der auch von uns Grünen unterstützten Kunstmesse wird den Künstler\*innen  
138 weiterhin eine öffentlichkeitswirksame Präsentationform geschaffen.

139 Zur Stärkung der Sparte „Literatur“ machen wir uns für das Projekt der  
140 „Bezirksschreiber\*in“ stark. So werden literarische Werke, die sich mit unserem  
141 Bezirk beschäftigen, gefördert und die ortsnahe Literaturlandschaft belebt.  
142 Außerdem wollen wir auch Literaturformate wie etwa Poetry Slam-Wettbewerbe in  
143 unserem Bezirk fördern und unterstützen.

144 Wir streiten für eine angemessene Erinnerungskultur und dekoloniale  
145 Stadtgesellschaft

146 Wir sehen die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der deutschen  
147 kolonialen Geschichte und der Zeit des Nationalsozialismus. Mit  
148 Nichtregierungsorganisationen und Bürger\*innenbeteiligung suchen wir die  
149 kritische Aufarbeitung von Rassismus und Nationalismus, denn diese Verbrechen  
150 dürfen nicht vergessen werden. Wir erkennen die postkolonialen Kontinuitäten in  
151 der heutigen Welt und streben eine Stadtgesellschaft an, die sich kritisch mit  
152 der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus auseinandersetzt.  
153 Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen wollen wir ein umfassendes  
154 Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept für den Bezirk erarbeiten.

155 Wir dürfen unsere Geschichte nicht verdrängen. So wurde die Kultur  
156 Charlottenburg-Wilmersdorfs seit den 1920er Jahren stark durch jüdische  
157 Bürger\*innen geprägt. Die Erinnerung an diese teilweise noch verschüttete  
158 Geschichte gilt es wachzuhalten und weiterzugeben.

159 Wir möchten die Gedenktafeln und Informationsstelen (zum Beispiel in der  
160 Wilhelmsaue für ehemalige Zwangsarbeiter\*innen im Bezirk) sowie die  
161 Stolperstein-Initiativen, als wichtigen Teil der Erinnerungskultur,  
162 koordinierend unterstützen, zum einen mittels Personals, zum anderen durch die  
163 Anbindung an das Bezirksamt.

164 Die Zusammenarbeit mit polnischem Partner\*innen und die gemeinsame Erforschung  
165 der Geschichte der Landesheilanstalt Meseritz-Obrawalde soll weitergeführt und  
166 eine gemeinsame Ausstellung gestaltet werden.

167 So wie bei der Wissmannstraße streben wir weitere Umbenennungen von öffentlichen  
168 Straßen und Plätzen an, welche sich ehrend oder verherrlichend auf die deutsche  
169 Kolonialvergangenheit beziehen. Eine Kommission aus zivilgesellschaftlichen  
170 Bündnissen soll eingesetzt werden, die untersucht, ob und welche weiteren

171 Straßen umbenannt werden sollten. Antikoloniale Widerstandskämpfer\*innen sollen  
172 bei der Umbenennung favorisiert werden.

173 Es bleibt weiterhin eine besondere kulturpolitische Aufgabe des Bezirks, an die  
174 deutsch-jüdische Vergangenheit zu erinnern und sich für das aktuelle kulturelle  
175 jüdische Leben einzusetzen. In Charlottenburg und Wilmersdorf gab es die  
176 höchsten Anteile jüdischer Bevölkerung in Berlin. Auch heute sind bedeutende  
177 jüdische Einrichtungen im Bezirk beheimatet. Daraus erwächst auch im aktuellen  
178 Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus die Aufgabe, in vielfältiger  
179 Weise durch Stolpersteine, Gedenkkorte, Gedenktafeln, Veranstaltungen etc. an das  
180 jüdische Leben zu erinnern.

181 Nachhaltiges Wirtschaften und eine starke Bezirksverwaltung

182 Wir wollen eine funktionierende, bürger\*innennahe und diverse  
183 Kommunalverwaltung, die sich den großen Herausforderungen der Zukunft stellt.  
184 Die massive Zerstörung unserer Umwelt und der Klimawandel haben genauso wie die  
185 Corona-Pandemie massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft. Um  
186 die Wirtschaft auch in unserem Bezirk wieder anzukurbeln, müssen öffentliche  
187 Mittel gezielt eingesetzt und an Bedingungen geknüpft werden.

188 Ein Bezirk ist dem Gemeinwohl seiner Bürger\*innen verpflichtet. Ist unsere  
189 Verwaltungsstruktur gut genug darauf ausgerichtet? Dieser Frage wollen wir uns  
190 stellen - in einem Bilanzierungsprozess, der keine reine Bestandsaufnahme,  
191 sondern zugleich eine Potenzialanalyse sein soll. Dieser Prozess lebt von der  
192 aktiven Mitwirkung und Gestaltung der Mitarbeiter\*innen, aber auch der  
193 Bürger\*innenschaft. Interesse zu wecken, Menschen mitzunehmen, zu beteiligen,  
194 ist dabei ein Erfolgsfaktor. Eine Gemeinwohlbilanz ist das Instrument, an dem  
195 sich nicht nur Wirtschaftsunternehmen, sondern auch Bezirksverwaltungen messen  
196 lassen müssen.

197 Unsere wichtigsten Projekte für die kommende Wahlperiode sind:

- 198 • Mit effektiver Stellenbesetzung motivierte Mitarbeiter\*innen für das  
199 Bezirksamt gewinnen
- 200 • Die Verwaltung wird endlich digital - und vielfältiger
- 201 • Die Wirtschaft im Bezirk wieder auf die Beine bringen - ökologisch und  
202 sozial gerecht
- 203 • Neue Perspektiven für den Einzelhandel in vielen kleinen und großen  
204 Zentren
- 205 • Fairer Handel in der Verwaltung und im Bezirk
- 206 • Gewerbestandorte sichern und weiterentwickeln
- 207 • Nachhaltig wirtschaften, bodenständig und kreativ

208 Mehr Beschäftigte für den Bezirk - kompetent und bürger\*innenfreundlich

209 Die Bürger\*innen haben das Recht auf eine funktionierende Verwaltung. Doch oft  
210 stößt das Bezirksamt an Grenzen: zu wenig Personal, zu geringe Mittel oder  
211 unklare Zuständigkeiten. Unsere Verwaltung muss personell ausgebaut, solide

212 finanziert und modernisiert werden. So ist etwa in der Pandemie deutlich  
213 geworden, dass digitale Verwaltungsleistungen schneller ausgebaut werden müssen  
214 und das Gesundheitsamt mehr qualifizierte Mitarbeiter\*innen braucht. Der Service  
215 für die Bürger\*innen muss verbessert werden: wir wollen unkomplizierte Zugänge,  
216 am besten im Internet, straffe und kürzere Verfahren, etwa bei erforderlichen  
217 Genehmigungen, und kürzere Wartezeiten im Bürgeramt. Auch im Zeitalter der  
218 Digitalisierung sollen alle Menschen im Bezirk von der Verwaltung die Hilfe und  
219 die persönliche Beratung erhalten, die sie brauchen.

220 Dazu muss vor allem der massive Personalnotstand in der Bezirksverwaltung  
221 endlich aufgelöst werden. Die Besetzungsverfahren dauern viel zu lange. Wir  
222 wollen, dass die Personalgewinnung effektiver wird – etwa mit flexiblen  
223 Stellenbeschreibungen, die auch Quereinsteiger\*innen eine Chance geben, mit  
224 Sammelausschreibungen in den Bezirken und E-Recruiting. Eine bessere Abstimmung  
225 des zentralen Bewerbungsbüros bei der\*dem Bürgermeister\*in mit den einzelnen  
226 Fachabteilungen des Bezirksamts ist unbedingt erforderlich, ebenso wie eine  
227 verstärkte Kooperation mit dem JobCenter. Der massive Ausbau von  
228 Ausbildungsplätzen und die verstärkte Förderung von eigenen Nachwuchskräften  
229 muss ebenso berücksichtigt werden.

230 Einmal gewonnene Mitarbeiter\*innen müssen aber auch gehalten werden. Der Bezirk  
231 hat noch viel zu tun, um sich einen Ruf als guter Arbeitgeber zu erarbeiten. Es  
232 braucht mehr Wertschätzung und bessere Bezahlung, mehr Möglichkeiten der  
233 Weiterbildung und Aufstiegschancen. Wir fordern im Bezirksamt die Position  
234 einer\* Beauftragten für Gute Arbeit zu besetzen. Wir möchten, dass der Bezirk  
235 sich für seine Beschäftigten stark macht: für die bessere Vereinbarkeit von  
236 Familie und Beruf, für flexible Arbeitszeiten, für die Gesundheit und das  
237 Wohlbefinden der Mitarbeiter\*innen. Die technischen Voraussetzungen für die  
238 Arbeit im Homeoffice wollen wir ausbauen und sie so vielen Beschäftigten wie  
239 möglich anbieten.

240 Insbesondere auch Honorarkräfte, wie an der Musikschule, leisten wichtige  
241 Arbeit, gerade mit den Kindern und Jugendlichen im Bezirk. Nach der ersten  
242 Anhebung der Honorare wollen wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Leistung  
243 der Lehrkräfte angemessen gewürdigt und die Zahl der Festanstellungen erhöht  
244 wird.

245 Zu viele Mitarbeiter\*innen in der Verwaltung müssen sich krankmelden. Beim  
246 Krankenstand liegt das Bezirksamt berlinweit vorne – das muss sich ändern. Wir  
247 brauchen endlich ein modernes Gesundheits-Management und mehr Sensibilität für  
248 die Belastungen, denen die Beschäftigten im Dienst ausgesetzt sind.

249 Aktendeckel adé: die Verwaltung kommt an im 21. Jahrhundert

250 Bei der flächendeckenden Einführung der elektronischen Aktenführung ist der  
251 selbsternannte „Pilotbezirk“ Charlottenburg-Wilmersdorf bisher seinem eigenen  
252 Anspruch nicht gerecht geworden. Digitalisierung der Verwaltung bedeutet: die  
253 Antragsbearbeitung erfolgt für die Bürger\*innen soweit wie möglich online ohne  
254 Gang zum Amt, einfach und sicher sowie unter Berücksichtigung des Datenschutzes.  
255 Dieser Herausforderung muss sich der Bezirk endlich ernsthaft stellen. Menschen,  
256 die Unterstützung bei Online-Anträgen benötigen, sollen diese durch eine  
257 Telefonhilfe des Bezirksamts erhalten. Die Mitarbeiter\*innen der Telefonhilfe  
258 führen die elektronischen Verfahren stellvertretend durch. Bei den notwendigen  
259 Umstellungen auf elektronische Verfahren setzen wir einerseits auf die

260 Motivation und die bisherige Expertise der Mitarbeiter\*innen im Bezirksamt,  
261 andererseits aber auch auf ein umfangreiches IT-bezogenes  
262 Weiterbildungsprogramm.

263 Mit dem Antidiskriminierungsgesetz hat Berlin wichtige Weichen für eine  
264 diskriminierungsfreie Verwaltung gestellt. Die Vorgaben wollen wir im Bezirksamt  
265 umsetzen und weiterentwickeln, potenziell diskriminierende Strukturen überwinden  
266 und dabei vor allem die Leitungsebene in die Verantwortung nehmen. Die Aneignung  
267 von Diversity-Kompetenzen der Mitarbeiter\*innen wollen wir gezielt fördern. Die  
268 Bezirksverwaltung braucht ein Management der Vielfalt und eine konzeptionelle  
269 und personelle Ausrichtung auf interkulturelle Öffnung, gerade auch im  
270 persönlichen Kontakt mit den Bürger\*innen des Bezirks.

271 Neben dem Personalmangel ist das Finanzierungssystem ein Problem für alle  
272 Bezirke. Die derzeitigen Prinzipien der Finanzierung wollen wir durchbrechen,  
273 indem wir die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) neu aufstellen. Neben  
274 Kostendaten wollen wir auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen. Der Preis  
275 darf nicht alleiniges Merkmal guter Politik sein. Der Bezirk braucht mehr  
276 Spielraum für Gestaltung und politische Entscheidungen. Wenn ihm vom Land Berlin  
277 zusätzliche Aufgaben übertragen werden, wie etwa bei Zweckentfremdung und  
278 Mietendeckel, dann muss er dafür auch die notwendigen finanziellen und  
279 personellen Mittel erhalten.

280 Innerhalb der Bezirksverwaltung muss die geschlechtergerechte Verteilung der  
281 Haushaltsmittel (Gender Budgeting) wieder mehr in den Fokus rücken. Auf  
282 Landesebene müssen die gesetzlichen Grundlagen für mehr zivilgesellschaftliches  
283 Engagement und Partizipation bei der Verteilung öffentlicher Gelder im Bezirk  
284 geschaffen werden. Die Bürger\*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf sind  
285 Expert\*innen für den Bedarf zusätzlicher Mittel vor Ort, sie müssen auch bei  
286 Entscheidungen eingebunden werden.

287 Nach jahrelangem Fahren auf Verschleiß unter vorherigen Senaten befinden wir uns  
288 bei der Sanierung und den Investitionen in die bezirkliche Infrastruktur immer  
289 noch im Wiederaufbau. In den nächsten Jahren wollen wir weiter nachhaltig  
290 investieren: in die energetische Sanierung des Gebäudebestands, in die Nutzung  
291 erneuerbarer Energien, in Schul- und Kitaplätze, in bezahlbaren Wohnraum und in  
292 die Mobilitätswende mit mehr Radwegen, Fahrradabstellanlagen und Straßen zum  
293 Leben.

294 Wirtschaft fördern: ökologisch und sozial gerecht

295 Charlottenburg-Wilmersdorf ist gekennzeichnet durch seine vielfältige Gewerbe-  
296 und Einzelhandelskultur, die durch Corona hart getroffen worden ist. Die  
297 Bezirksverwaltung steht vor den großen Herausforderungen einer erfolgreichen  
298 Wirtschaftsförderung in und nach der Zeit der Krise. Dazu gehört die Vergabe  
299 öffentlicher Aufträge als wichtiger Wirtschaftsfaktor ebenso wie die  
300 planungsrechtlich gesicherte Verfügbarkeit von Gewerbeflächen.

301 Für die kommenden Aufgaben muss gerade auch die bezirkliche Wirtschaftsförderung  
302 personell und finanziell besser ausgestattet werden. Damit der Bezirk den  
303 Unternehmen und Selbstständigen mit Rat und Tat zur Seite stehen kann, werden  
304 wir die Zusammenarbeit mit lokalen Wirtschaftsverbänden und dem Jobcenter, mit  
305 Einrichtungen wie Berlin Partner zielorientiert weiterentwickeln.

306 Viele Unternehmen wissen: die Krise wirkt als Transformations-Beschleuniger, sie  
307 nehmen zunehmend ökologische und soziale Aspekte in den Blick. Fördermittel  
308 sollen auch zur Verfügung gestellt werden, um externe Beratung für Unternehmen  
309 bei der Erstellung von Gemeinwohl-Bilanzen zu finanzieren. Dies führt zu mehr  
310 Transparenz hinsichtlich der Umsetzung von sozialen, solidarischen und  
311 ökologischen Standards im Unternehmen.

312 Eine gerechte und nachhaltige Wirtschaft setzt auch eine geschlechtergerechte  
313 Wirtschaftspolitik voraus. Bereits heute sind in unserem Bezirk Gründerinnen-  
314 Zentren wie das Unternehmerinnen-Centrum West (UCW) erfolgreich tätig. Diese  
315 Ansätze werden wir verstärkt fördern. Wir wollen auch eine bessere Begleitung  
316 von Unternehmer\*innen mit Migrationshintergrund durch interkulturell kompetente  
317 Beratung bei der Existenzgründung.

#### 318 Einzelhandel im Zentrum

319 Gerade der Einzelhandel, ohnehin schon durch den digitalen Wandel betroffen, hat  
320 unter der Corona-Krise schwer gelitten. Dabei kann und muss er wesentlich dazu  
321 beitragen, Konsum- und Produktionsstile ökologisch und sozial nachhaltiger zu  
322 gestalten. Das ist notwendig, wenn wir die planetaren Grenzen beachten, den  
323 Klimawandel in den Griff bekommen und die biologische Vielfalt erhalten wollen.  
324 Es gibt viele Ansatzpunkte, die negativen Auswirkungen gerade unseres  
325 Lebensmittelkonsums einzudämmen: eine ökologischere Produktion, kürzere  
326 Transportwege, Mehrwegsysteme, weniger Verpackungsmüll, weniger  
327 Lebensmittelverschwendung und vieles mehr.

328 Die Weiterentwicklung des Einzelhandels bleibt eine zentrale Aufgabe der  
329 Bezirkspolitik. Nach der Übernahme des Stadtentwicklungs-Ressorts konnte unser  
330 grüner Stadtrat endlich die Grundlagen für die Erarbeitung eines Einzelhandels-  
331 und Zentrenkonzepts schaffen, um die Nahversorgung zu sichern und  
332 weiterzuentwickeln. Die vorhandenen Zentren mit ihrer vielfältigen attraktiven  
333 Angebotsmischung wollen wir erhalten und stärken. Noch bestehenden Lücken bei  
334 der Nahversorgung wollen wir schließen.

335 Wir werden Standortgemeinschaften mit gemeinsamen Lieferdiensten und  
336 Transporthilfen fördern. Insbesondere Verkaufsstrukturen für Bio- und Öko-  
337 Produkte aus der Region müssen gestärkt werden. Wir wollen auch Initiativen  
338 anstoßen, um vermehrt Mehrweg- und Rückgabesysteme einzusetzen. Die Vernetzung  
339 und Digitalisierung der lokalen Anbieter wollen wir fördern. In Kooperation mit  
340 der landeseigenen Digitalagentur müssen Förderprogramme entwickelt werden, um  
341 den Onlinehandel und stationären Handel miteinander zu verbinden.

342 Die vielen Wochen- und Themenmärkte in unserem Bezirk sind ein  
343 selbstverständlicher Teil unseres städtischen Lebens. Sie ergänzen nicht nur das  
344 Einzelhandelsangebot um regionale Produkte in der Innenstadt, sie befriedigen  
345 auch soziale, emotionale und kommunikative Bedürfnisse der Kund\*innen. Deshalb  
346 verlangen wir, ein Konzept für die bezirklichen Märkte zu entwickeln mit dem  
347 Ziel, die Nahversorgungsfunktion mit einem vielfältigen Angebot zu erhalten und  
348 zu stärken.

#### 349 Fairness für Handel und Dienstleistung

350 Charlottenburg-Wilmersdorf ist Fair-Trade-Town und muss diesem Anspruch auch  
351 tagtäglich gerecht werden. Dazu muss die Stabsstelle Bildung für nachhaltige  
352 Entwicklung im Bezirksamt dauerhaft besser ausgestattet werden. Bei bezirklichen

353 Aktivitäten und anteilig bei Festen mit Bezirksbeteiligung müssen vorrangig  
354 faire Produkte zum Einsatz kommen. Wir möchten, dass die bezirkliche  
355 Wirtschaftsförderung mehr Werbung für die Verwendung von Fair-Trade-Produkten  
356 macht. Der Bezirk muss die Mitarbeit in der existierenden Steuerungsgruppe der  
357 Fair-Trade Town verstärken und offensiv für sein Standortmarketing nutzen.

358 In unserem Bezirk wollen wir einen Wettbewerb unter Schulen initiieren, um sich  
359 auf den Weg zur Fair-Trade-Schule zu machen. Dazu sollten die schulischen  
360 Gremien, das Kinder- und Jugendparlament und die Jugendfreizeiteinrichtungen  
361 gezielt angesprochen werden. Die Verwaltung soll auch auf die Hochschulen im  
362 Bezirk zugehen und für eine Stärkung des Fair-Trade-Gedankens in Lehre und  
363 Beschaffung werben.

364 Die Gastronomie im Bezirk wollen wir durch Umwidmung von Parkplätzen in  
365 Freisitzflächen stärken. Auf der Webseite des Bezirksamts soll für Cafés und  
366 Restaurants geworben werde, die auf Fair Trade, Bio- und regionale Produkte  
367 setzen. Bei den Ergebnissen der Lebensmittelkontrollen wollen wir Transparenz  
368 schaffen, damit Wirt\*innen mit guten Ergebnissen werben können und Gäste wissen,  
369 was sie erwartet.

370 Wir wollen auch einen sanften Tourismus fördern, der auf ökologische Prozesse  
371 Rücksicht nimmt und der die Lebensqualität der ansässigen Bevölkerung nicht  
372 beeinträchtigt, sondern Begegnungen ermöglicht und den hier lebenden Menschen  
373 guttut. Der Bezirk muss die Ausarbeitung eines Konzepts für einen nachhaltigen  
374 Tourismus ohne Störungen und Zweckentfremdung von Wohnraum zeitnah  
375 fertigstellen.

376 In der Vergabepolitik werden wir Impulse setzen, um im Bezirk den sozial-  
377 ökologischen Wandel weiter voranzutreiben. Die Bezirksverwaltung muss ihre  
378 Vergabeentscheidungen offenlegen und unter sozialen wie ökologischen Kriterien  
379 ausreichend begründen. Die Einkaufspolitik der Bezirksverwaltung muss konsequent  
380 auf Produkte ausgerichtet sein, bei deren Herstellung soziale und ökologische  
381 Kriterien eingehalten werden.

382 Wir wollen sicherstellen, dass bei allen Auftragsvergaben die  
383 Auftragnehmer\*innen die internationalen Kernarbeitsnormen einhalten. Die Vergabe  
384 von Aufträgen darf nur an Unternehmen erfolgen, die sich an die Tarifbindung  
385 halten. Wir fordern die Rekommunalisierung der Schulreinigung auf Basis eines  
386 mit dem Senat vereinbarten Finanzierungskonzepts.

387 Für ein gerechtes Gewerbemanagement

388 Wir setzen uns für ein integriertes Konzept zur Sicherung und Qualifizierung von  
389 Gewerbeflächen ein. Die bestehenden Gewerbestandorte wollen wir erhalten und  
390 entwickeln. Um eine wohnortnahe Versorgung und kurze Arbeitswege zu sichern,  
391 dürfen insbesondere das Kleingewerbe, Manufakturen, Handwerksbetriebe und  
392 Werkstätten nicht weiter verdrängt werden. Wo anstelle bisher extensiver  
393 Gewerbeflächennutzung eine bauliche Verdichtung angestrebt wird, soll durch neue  
394 flächensparende Gewerbegeschossbauten mit leistbaren Mieten in landeseigener  
395 oder genossenschaftlicher Hand der Verbleib der Betriebe am Standort ermöglicht  
396 werden.

397 Wir unterstützen Bestrebungen der Messe Berlin, Kongresse und Messen mit klaren  
398 Nachhaltigkeitszielen neu aufzustellen.

399 Bei neu zu entwickelnden Flächen müssen niedrigschwellige Angebote etwa für  
400 Start-Ups und Handwerksbetriebe in ausreichendem Maß berücksichtigt werden. Mit  
401 kultureller und sozialer Infrastruktur wollen wir besonders auch  
402 nichtkommerzielle Angebote schaffen und in Kooperation mit freien Trägern  
403 unterstützen.

404 Nachhaltig wirtschaften

405 Die Bezirksverwaltung muss die Transformation von Unternehmen zum nachhaltigen  
406 Wirtschaften fördern nach den Prinzipien der Gemeinwohlökonomie: statt  
407 Orientierung an quantitativem Wachstum, Konzentration und Verdrängungswettbewerb  
408 setzen wir auf bessere Qualität von Produkten und Arbeitsbedingungen,  
409 Ressourcenschonung, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz, Ortsbezug, Vernetzung,  
410 Kooperation und Solidarität. Der auf ständigen Neuerwerb von Gegenständen  
411 ausgerichteten Konsumgesellschaft stellen wir den Gedanken eines  
412 ressourcenschonenden Wirtschafts- und Lebensstils gegenüber.

413 Wir wollen eine bezirkliche Wirtschaftsförderung, die der Nachhaltigkeit  
414 verpflichtet ist. Das Bezirksamt muss bei der Begleitung gerade kleiner und  
415 mittlerer Unternehmen auf diesem Weg eine weitaus größere Rolle spielen. Wir  
416 wollen in unserem Bezirk das Modell Ökoprofit initiieren, ein Beratungs- und  
417 Qualifizierungsprogramm, das produzierende und Dienstleistungs-Unternehmen sowie  
418 Sozialeinrichtungen und Handwerksbetrieben bei der Einführung und Verbesserung  
419 des betrieblichen Umweltmanagements unterstützt. Den Verkauf von plastikfreien,  
420 unverpackten, klimaneutralen Produkten und die Verwendung umweltfreundlicher  
421 Verpackungslösungen in der Gastronomie für den Außer-Haus-Service werden wir  
422 unterstützen.

423 Gemeinsam mit der Handwerkskammer soll der Bezirk einen Aktionsplan Handwerk für  
424 alle entwickeln, um insbesondere weibliche Nachwuchskräfte und junge  
425 Migrant\*innen frühzeitig anzusprechen. Das Programm soll schon in den Schulen  
426 des Bezirks den Kindern und Jugendlichen die Vielfalt der Handwerksberufe  
427 nahebringen.

428 Dem Zwang zum ständigen Neuerwerb von Gegenständen begegnen Repair-Cafés mit dem  
429 Gedanken der Einsparung von Material und Energie: sie verlängern durch Reparatur  
430 die Lebens- und Nutzungsdauer von Gebrauchsgegenständen und leisten damit einen  
431 wichtigen Beitrag zu einem ressourcenschonenden Lebensstil. Deshalb wollen wir  
432 die Repair-Cafés aus ihrem Nischendasein herausholen und ihr Potenzial für eine  
433 Veränderung hin zu einem bewussten Konsum ausschöpfen.

434 Die vielen freiberuflichen Kulturschaffenden und Kreativen machen den Bezirk zu  
435 einem einzigartigen Anziehungspunkt in der Stadt. Der Ausbruch der Corona-  
436 Pandemie war für sie katastrophal. Kunst und Kultur brauchen jetzt mehr denn je  
437 gezielte Förderung, aber auch Freiräume, um sich zu entfalten. Wir werden solche  
438 Orte erhalten und wo immer es geht auch neue schaffen, damit sich Kreativität  
439 neu entfalten kann. Ebenso wollen wir geeignete Standorte für die Clubkultur und  
440 Veranstaltungsräume bereitstellen.

441 Die Gründer\*innenszene rund um den Campus Charlottenburg mit dem  
442 Charlottenburger Innovations-Centrum (CHIC) sind eine einzigartige  
443 Erfolgsgeschichte. Wir wollen die institutionelle Gestaltung des  
444 Wissenstransfers in unserem Bezirk weiter stärken, insbesondere durch Förderung  
445 des auf Nachhaltigkeitsziele konzentrierten Gründungsgeschehens. Das Centre for

446 Entrepreneurship (CfE) der TU Berlin als eines der führenden Gründerzentren in  
447 der deutschen Hochschullandschaft wollen wir mit unserem Bezirk noch viel  
448 stärker vernetzen. Daneben entsteht mit der Chemical Invention Factory (CIF) das  
449 erste, voll auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Startup-Zentrum. Auch im Bezirk  
450 werden Ausgründungen aus der Wissenschaft zu einem wichtigen Faktor im  
451 Technologietransfer.